

Bedeutung aber hat eine solche Mehrausgabe für die Lebenshaltung, wenn jede Besserung in den Lohneinkommen durch eine steigende Ausnutzung von Mann und Frau in ein und demselben Haushalte wettgemacht und das Familienleben selbst immer mehr zerrüttet wird?

Ein weiterer Umstand, der für die Verbrauchssteigerung an Lebensmitteln in Betracht kommt, ist aber auch die von Kautsky zuletzt nachgewiesene Konzentration des grossen Besitzes. Ueberall dort, wo die Fülle des in einzelnen Händen angesammelten Reichtums wächst, steigern sich naturgemäss die Ausgaben im Haushalte, ohne dass an dieser Steigerung die grosse Volksmasse partizipiert. Dazu kommt noch, dass jede industrielle Aufwärtsbewegung die Zahl der relativ besser bezahlten Intelligenzler des Angestellten- und Beamtentums vermehrt, deren durchschnittliche Ausgaben die der gewöhnlichen Lohnarbeiter doch bei weitem überlegen. Man sieht also, was eine Statistik, die lediglich generalisiert, und besondere Erscheinungen des Wirtschaftslebens unbeachtet lässt — mitunter für einen praktischen Wert besitzt. »Zahlen beweisen«, — mitunter freilich nur, dass man mit ihnen auch Sophisterei treiben kann. Einen tatsächlichen Massstab für die Lebenshaltung der Arbeiter gewinnt man durch derartige Kunststücke nicht. Er liesse sich nur dann finden, wenn man unter Berücksichtigung jeder besonderen Eigenart der einzelnen Arbeiterkategorien eine Umfrage veranstalten würde, deren Beantwortung auf Grund spezialisierter Haushaltsrechnungen erfolgen müsste. Es wäre das in der That eine von sozialpolitischen Gesichtspunkten dankenswerte Aufgabe, die gerade für die agitatorischen Leistungen unserer Gewerkschaften manches wertvolle Material bringen müsste, das sich vortrefflich zur Widerlegung der von der bürgerlichen Nationalökonomie betriebenen Fälschung eignen würde.

Fr. L.

Zur Aufklärung in der Münchener Konfliktssache.

Das Zirkular von München und der Versammlungsbericht in No. 31 der Presse veranlasst auch uns, nachdem man eine Schilderung gegeben, die in verschiedenen Punkten der Klarstellung bedarf, den Weg der Öffentlichkeit zu beschreiten. Sonderbarerweise erhielten auch wir erst von München das Zirkular unterm 2. August zugestellt, obwohl die Verwaltungen seit 14 Tagen im Besitze desselben sind und bereits Stellung dazu genommen haben. Warum geschah wohl uns gegenüber eine solche Zurücksetzung? War wohl beabsichtigt, den Ausschuss überhaupt nichts wissen zu lassen? So können wir uns dieses sehr leicht erklären, hat doch der Ausschuss die Herausgabe des ersten Flugblattes verurteilt und da musste natürlich bei der zweiten Herausgabe der Ausschuss so lange umgangen werden, bis man durch die kurze Vorstandsnotiz in No. 31 der »Gr. Pr.« nicht anders konnte und uns verspätet zwei Exemplare zustellte. Nachdem die Verwaltung in München, trotz unseres Tadels, ein zweites Zirkular herausgegeben, weitere in Aussicht gestellt und die Mitgliedschaften zu »einem energischen Protest« gegen die Leitung aufgefordert hat, möge folgender Thatbestand zur Klärung dienen:

Die am 18. Mai ausgebrochenen Differenzen in Firma Kuhn, die am 23. Mai zur Kündigung der Kollegen führten, wurden zunächst kurz auf Postkarte, welche am 26. Mai in Berlin war, und offiziell in Briefen Schumanns und Hilbig's, welche am 26. bzw. 27. Mai geschrieben, jedoch am 28. Mai in Berlin eintrafen, dem Vorstand gemeldet. Ohne die Stellung des Vorstandes abzuwarten, sind die Kündigungen erfolgt, eine statutenwidrige Handlung, die die Münchener Verwaltung sanktionierte. Am 29. Mai beschloss der Vorstand eine ablehnende Haltung, zweifellos ein Recht des Vorstandes, leider, und das muss offen gesagt werden, war der Beschluss erst am 4. Juni in München. Statt nun sofort Beschwerde beim Ausschuss zu erheben, wird die Zeit verdröckelt

durch Briefwechsel mit dem Vorstand, man beruft für den 13. Juni eine Versammlung ein mit der Tages-Ordnung; »Der Ausstand der Kollegen in der Lichtdruckanstalt E. Kuhn, die Haltung des Hauptvorstandes und die Stellung der Münchener Kollegschaft hierzu.« Die Versammlung findet, trotz Wunsch Silliers, eventuelle Beschlüsse zu verlegen, da er erst am 14. Juni in München sein konnte, statt, es ist selbstverständlich, dass der Vorstand scharf angegriffen wurde. Am 14. Juni waren Sillier und Ries in München, um den Versuch zu machen, den Konflikt beizulegen, und diesbezüglich wird im Münchener Zirkular ausgeführt:

»Es dürfte deshalb auch charakteristisch sein, dass die Kollegen Sillier und Ries, als sie am 14. Juni hier waren, nicht etwa Erkundigungen und Informationen bei den Kollegen einholten, sondern erst zu Kuhn gingen.«

Gegenüber dieser Behauptung ist mit allem Nachdruck festzulegen, dass der Vorsitzende Schumann durch Sillier aufgefordert wurde, mit zu Kuhn zu gehen, was aber Schumann aus uns unbegreiflichen Gründen ablehnte. Da nach § 7 des Streikreglements der Vorstand eine bestimmte Marschroute vorgeschrieben hat und auf erfolgte Aufforderung der Bevollmächtigte ein Mitgehen ablehnte, so besteht für die Münchener Verwaltung kein Recht, genannten Personen einen Vorwurf zu machen.

Es vergingen nunmehr Wochen, bis in No. 27 der »Gr. Pr.« ein Versammlungsbericht aus München erschien, der für den Ausschuss Veranlassung war, von München umgehenden Bericht einzufordern. Die Antwort war eine umfangreiche Beschwerde gegen Vorstands- und Redaktions-Massnahmen. Der Ausschuss beschäftigte sich innerhalb einer Woche in zwei Sitzungen damit und war die Entscheidung am 13. Juli in München z. H. des Vorsitzenden Schumann. Was war die Antwort hierauf? Wiederrum eine Versammlung mit der Tagesordnung: »Bericht über die Stellungnahme des Ausschusses zu unserer Beschwerde gegen Hauptvorstand in Sachen Kuhn betreffend«, und ein unterm 16. Juli an unseren Vorsitzenden persönlich gerichteter Brief Schumanns, worin dieser sich in heftigen Angriffen gegen den Ausschuss gefiel. Wie oben vermerkt, wurde auch gegen eine Redaktionsmassnahme Beschwerde bei uns geführt. Die Beschwerdeführer wurden diesbezüglich an die Presskommission verwiesen. Bis heute hat aber die Verwaltung unseren Rat nicht befolgt, was folgendes Antwortschreiben der Presskommission an uns ausweist:

»Die Münchener haben nie und in keiner Weise Beschwerde bei uns eingereicht. Hätten sie es gethan, dann wäre die Angelegenheit, soweit es die Presssperre betrifft, längst beigelegt. Man kann sich nicht genug wundern, dass die Münchener so entrüstet thun und noch nicht einmal den einfachsten Weg zur Erlangung ihres Rechts kennen.«

Wenn nun im Versammlungsbericht (Presse No. 27) von der Sperre der Presse gesprochen wird, so wollen wir nur feststellen, dass die Redaktion nur einen Artikel nicht aufgenommen hat. Eine Sperre an sich liegt nicht vor. Wenn man aber gegen die Massnahme der Redaktion nicht bei der zustehenden Behörde die vorhandenen Rechtsmittel ergreift, so begiebt man sich auf das Recht, auf eigene Faust zu handeln.

Was hat nun das Vorgehen der Münchener Verwaltung für einen Wert? Nur den einen, dass die Zahlstellen zu einer unnützen Plänkelei Stellung nehmen müssen, vorausgesetzt, wenn sie nicht verzichten, dem Beispiele Bremens zu folgen. Was sehr angebracht ist, denn wir haben wahrlich zur Zeit weit wichtigere Aufgaben zu lösen, als über eine Sache zu streiten, in der auch der Ausschuss schon entschieden hat. Ist man auch mit dessen Entscheidung nicht zufrieden, so ist die letzte Instanz die Generalversammlung, deren Urteil sich jeder

Teil zu fügen hat. Aber Flugblätter in solch ungewöhnlicher Sprache herauszugeben, die Absicht äussern, die Vereinsbeiträge zur Hauptkasse zu sperren (Versammlung vom 14. Juni in München) und obendrein in verschiedenen Punkten das Statut verletzen, sind Erscheinungen, die unserer Organisation unwürdig sind und dagegen erheben wir unsere warnende Stimme.

Das letzte Wort hat die Generalversammlung und werden wir in der Presse jeder weiteren Auseinandersetzung aus dem Wege gehen.

Der Ausschuss.
I. A.: Oskar Ries.

Zur Schleiferfrage in den kleineren Druckorten.

Nachdem seit einiger Zeit die Schleiferfrage als wichtiges Thema auf die Tagesordnung getreten ist und seitens der grösseren Städte schon längere Artikel in diesem Blatte erschienen sind, erlaube auch ich mir, gewissermassen als Stimme aus der Provinz, an der Hand jahrelanger Erfahrungen das Verhältnis der Steinschleifer in den kleinen Städten der Organisation gegenüber zu schildern.

Weit entfernt davon, behaupten zu wollen, die Steinschleifer gehörten nicht in den Verein der Lith., Steindr. u. Berufsg. Deutschlands bzw. wir hätten sie nicht als eine Branche unseres Berufes zu betrachten, bin ich im Gegenteil fest überzeugt, dass die Interessen der Schleifer speziell in diesem Verband am besten vertreten werden könnten.

Leider liegen nun aber die Verhältnisse der Schleifer in den Kleinstädten speziell auch in Süddeutschland eben gänzlich anders als in den grossen Druckereierorten, wo man tatsächlich von einem Beruf der Steinschleifer sprechen kann, während man in der Provinz eben den nächsten besten Arbeiter von der Strasse weg an den Schleifort stellt.

Unter solchen Verhältnissen werden dann auch die denkbar schlechtesten Löhne (10-12 Mk. ist keine Seltenheit) bezahlt und kann man bei einem solchen Verdienst kaum verlangen, dass pro Woche 50 Pf. Beitrag geleistet werden und ist auch an eine Verbesserung der Verhältnisse nicht so rasch zu denken.

Deshalb glaube ich, wird es das beste sein, es den Steinschleifern vorläufig freizustellen, in welchen Verband sie eintreten wollen, denn das dürfte feststehen, dass doch mancher dieser Leute von dem Organisationsgedanken vollständig zu überzeugen wäre und nur der verhältnismässig hohe Beitrag ihn abhält, sich zu organisieren.

Nun geht meine Ansicht dahin, dass es gerade so wichtig wäre, die Hilfsarbeiter der graphischen Branche zu organisieren, was ja seit letzter Zeit wieder in die Wege geleitet wurde und wäre es jedenfalls gut in Kleinstädten, wo die Schleifer noch schlecht bezahlt sind, diese ruhig in den Verband der Hilfsarbeiter aufzunehmen, denn es ist immerhin bedeutend besser, die Leute sind dort organisiert, als überhaupt nicht.

Zu einer Zeit, wo jeder denkende Arbeiter Anschluss und Rückhalt an seine Arbeitsgenossen sucht, wie z. B. im »Christl. Soz. Verband nictgewerbli. Arbeiter u. Arbeiterinnen« sollte man es jedem so leicht wie möglich machen eine für ihn passende Verbindung zu finden und andererseits auch keine Gelegenheit versäumen, jeden Arbeiter, sei er was er wolle, seiner Organisation zuzuführen, denn es darf der erzieherische Wert nie unterschätzt werden, den die Gewerkschaften auf ihre Mitglieder ausüben.

Darum halte ich die Frage, in welche Organisation die Schleifer gehören, für gar nicht so wichtig; die Hauptfrage könnte eben sein, dass in einem Ort nicht die Hälfte in diesem und die andere Hälfte im anderen Verband ist, und wäre das der Fall, dann wäre es auch nicht schlimm, dann müssten eben bei Streitfällen mit dem Unternehmer beide Organisationen zusammengehen, was ja in den meisten Fällen auch geschehen wird. Die Hauptsache bleibt immer, dass sie organisiert werden, und dass es auch die Schleifer sehr nötig hatten, zeigt sehr drastisch folgender Fall, den ich zum Schluss noch erwähnen möchte.

Ein Steineordner war seit langen Jahren zur Zufriedenheit aller in einem Geschäft thätig und brachte es im Laufe zwanzigjähriger Thätigkeit auf den Riesengehalt von wöchentlich 18 Mark. Zufällig kam der neue, sehr sparsame Herr Direktor auf diese Luxusausgabe und liess, um den Missstand sofort abzuschaffen, den Mann rufen, ihm vorstellend, dass man für diesen Posten fürderhin kein solches Gehalt mehr bezahlen könne, jedoch wenn er für 16 Mk. weiterarbeiten wolle, könne man ihn behalten. Der Mann, inzwischen gesegneter Familienvater geworden, war jedenfalls baff über diesen Dank für langjährige Dienstzeit und zog es vor, das Geschäft, in dem er sicheren Verdienst für sein ganzes Leben zu finden gehofft hatte, zu verlassen. Dabei muss bemerkt werden, dass der Mann im Anfang der 40er steht und seinen Posten noch lange Jahre in derselben Weise hätte ausführen können.

»Inwiefern behaupten Sie, dass wir auf unsere älteren Leute keine Rücksicht nehmen?« hatte derselbe Direktor voriges Jahr anlässlich eines Artikels über diese Anstalt seinen Arbeitersausschuss gefragt.

